

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport

zu dem

Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

„Außerschulische Lernorte erhalten!“

(Drucksache 6/2578 - Neudruck)

Berichterstatterin:

Abgeordnete Gerrit Große (DIE LINKE)

Beschlussempfehlung:

1. Der Landtag möge den Antrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 6/2578 - Neudruck) ablehnen.
2. Der Landtag möge hierzu folgenden Beschluss fassen:
 1. Der Landtag Brandenburg bekennt sich zu der bedeutenden Rolle von außerschulischen Lernorten als Bereicherung für den Unterricht. Auch wenn qualitativ guter Unterricht in der Schule aus Sicht des Landtages Vorrang hat, ist dennoch Unterricht an Orten außerhalb der Schule gleichwertig zu betrachten. Die weit über 200 außerschulischen Lernorte im Land bereichern das schulische Angebot und leisten größtenteils eine sehr gute Arbeit.
 2. Der Landtag begrüßt, dass die Landesregierung außerschulische Lernorte auf unterschiedliche Weise unterstützt. So werden zahlreiche Lehrkräfte zur Förderung des Unterrichts an außerschulischen Lernorten abgeordnet. Auch findet sich z. B. im neuen Rahmenlehrplan das Thema „außerschulische

Datum des Eingangs: 05.07.2016 / Ausgegeben: 05.07.2016

Lernorte“ wieder: „Durch die Teilnahme an Projekten und Wettbewerben, durch das Lernen an außerschulischen Lernorten wie in Schülerlaboren, Forschungsstätten, Museen, Gedenkstätten, Theatern, Universitäten oder in Unternehmen, durch Auslandsaufenthalte und durch internationale Begegnungen erweitern die Lernenden ihren Erfahrungshorizont. Sie erhalten Gelegenheit, in neuen Zusammenhängen zu denken und zu handeln sowie eigene Haltungen, Einschätzungen und Perspektiven zu reflektieren.“

3. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, auch künftig den Unterricht an außerschulischen Lernorten zu fördern und ausgewählte Orte dafür in geeigneter Weise zu unterstützen. Um angesichts der hohen Zahl und Vielfalt außerschulischer Lernorte eine sinnvolle Abwägung treffen zu können, in welcher Form und in welchem Umfang die Auswahl und Unterstützung außerschulischer Lernorte künftig vorgenommen werden kann, soll die Landesregierung dafür geeignete Grundsätze und Kriterien entwickeln. Dabei sollen Kriterien wie z. B. regionale, gesellschaftliche, politische, ökologische, historische und kulturelle Bedeutung des Ortes, der thematische Bezug zu den Rahmenlehrplänen oder ein hohes gesellschaftliches Interesse an einer gelingenden und nachhaltigen Auseinandersetzung mit den Themenfeldern, die diese Orte repräsentieren, im Vordergrund stehen. Zu den Aufgaben der eingesetzten Lehrkräfte sollten u. a. die didaktische Erschließung der Orte, die Erstellung geeigneter pädagogischer Materialien für Schüler*innen, Lehrkräfte und die Einrichtungen sowie die Erarbeitung und Durchführung von Fortbildungsangeboten zählen. Der Einsatz von Lehrkräften als pädagogische Mitarbeiter der Einrichtung soll dann möglich sein, wenn die pädagogischen Projekte im Rahmen des Rahmenlehrplanes klar erkennbar sind. Ebenso ist anzustreben, dass Schulklassen den außerunterrichtlichen Lernort kostenfrei nutzen können. Der Landtag betont zudem seine Erwartung, dass bestehende Abordnungen von Lehrkräften an außerschulischen Lernorten Bestand haben, solange die pädagogische Qualität erhalten bleibt.

4. Die Landesregierung berichtet dem Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport zum Ende des Schuljahres 2016/17 über die Umsetzung dieser Beschlussempfehlung und erste Erfahrungen.

Bericht:

A. Allgemeines

Der Landtag hat den Antrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 6/2578 - Neudruck) in seiner 17. Sitzung am 24. September 2015 in den Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport überwiesen. Der Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport hat sich mehrfach mit Abordnungen von Lehrkräften an Gedenkstätten beschäftigt und hierzu bereits in seiner 7. Sitzung am 25. Juni 2015 einen Beschluss gefasst, indem er sich einstimmig bei einer Enthaltung für die Beibehaltung der Abordnung von Lehrkräften an außerschulische Lernorte aufgrund der hierdurch erzielten wertvollen Ergänzung des schulischen Unterrichts in den Bereichen Geschichte und Demokratieerziehung aussprach.

Der Ausschuss nahm in seiner 18. Sitzung am 26. Mai 2016 einen aktuellen Sachstand des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport zur Kenntnis und beschäftigte sich in seiner 19. Sitzung am 30. Juni 2016 abschließend mit dem Antrag (Drucksache 6/2578). Hierzu lagen Entwürfe von Beschlussempfehlungen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Anlage 1) sowie seitens der Fraktionen von SPD und DIE LINKE (Anlage 2) vor.

B. Beratung

Die antragstellenden Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begehrt mit ihrem Antrag (Drucksache 6/2578 - Neudruck) die Manifestierung der Entsendung von Lehrkräften an außerschulische Lernorte auf dem Stand des Schuljahres 2014/2015. Zur Begründung wurde angeführt, dass die Auseinandersetzung an außerschulischen Lernorten eine wertvolle Ergänzung des schulischen Unterrichts darstelle und dass das bestehende Angebot ein Qualitätsmerkmal für den Unterricht an Brandenburger Schulen darstelle.

Das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport wies in diversen Stellungnahmen in den Sitzungen des Ausschusses, zuletzt in der 18. Sitzung am 26. Mai 2016, darauf hin, dass man weiterhin den Unterricht an außerschulischen Lernorten zu fördern gedenke, indes angesichts des nach wie vor hohen punktuellen Unterrichtsausfalls zunächst prioritär den Regelunterricht abzusichern habe.

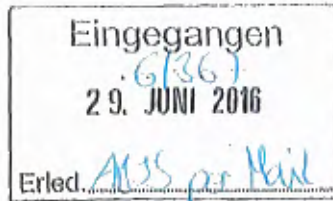
Zur abschließenden Beratung in der 19. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport am 30. Juni 2016 lagen zwei Entwürfe von Beschlussempfehlungen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Anlage 1) sowie der Fraktionen von SPD und DIE LINKE (Anlage 2) vor. Die einbringenden Fraktionen erhielten die Gelegenheit zur Argumentation und bezogen sich dabei inhaltlich im Wesentlichen auf die den Entwürfen beigefügten Begründung.

Im Ergebnis beschloss der Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport mehrheitlich (3:5:1) die Ablehnung des Entwurfes der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie ebenfalls mehrheitlich (5:2:2) die Annahme des Entwurfes der Fraktionen von SPD und DIE LINKE.

Gerrit Große
Berichterstatlerin und
Vorsitzende des Ausschusses
für Bildung, Jugend und Sport

Anlage

- Anlage 1: Entwurf einer Beschlussempfehlung der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Anlage 2: Entwurf einer Beschlussempfehlung der Fraktionen von SPD und DIE LINKE



Potsdam, den 28.06.2016

Antrag zum TOP 4
der CDU-Fraktion,
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

für die Sitzung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport
am 30. Juni 2016

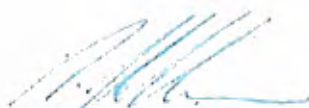
Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport zum Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/Die Grünen „Außerschulische Lernorte erhalten!“
(Drs. 6/2578)

Der Landtag hat mit Beschluss vom 24. September 2015 dem Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport den Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/Die Grünen „Außerschulische Lernorte erhalten!“ (Drs. 6/2578) zur Beratung überwiesen. Der Ausschuss hat den Antrag in seiner Sitzung am 30. Juni 2016 beraten und folgende Beschlussempfehlung gefasst:

Der Brandenburger Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag Brandenburg bekennt sich zu der bedeutenden Rolle von außerschulischen Lernorten als Bereicherung und wertvolle Ergänzung des schulischen Unterrichts. Auch wenn qualitativ guter Unterricht in der Schule aus Sicht des Landtages wichtig ist, muss dennoch Unterricht an Orten außerhalb der Schule gleichwertig betrachtet werden. Die weit über 200 außerschulischen Lernorte im Land bereichern das schulische Angebot und leisten größtenteils eine sehr gute Arbeit.
2. Der Landtag begrüßt, dass die Landesregierung außerschulische Lernorte auf unterschiedliche Weise unterstützt. So werden zahlreiche Lehrkräfte zur Förderung des Unterrichts an außerschulischen Lernorten abgeordnet. Auch findet sich z.B. im neuen Rahmenlehrplan das Thema „außerschulische Lernorte“ wieder: „Durch die Teilnahme an Projekten und Wettbewerben, durch das Lernen an außerschulischen Lernorten wie in Schülerlaboren, Forschungsstätten, Museen, Gedenkstätten, Theatern, Universitäten oder in Unternehmen, durch Auslandsaufenthalte und durch internationale Begegnungen erweitern die Lernenden ihren Erfahrungshorizont. Sie erhalten Gelegenheit, in neuen Zusammenhängen zu denken und zu handeln sowie eigene Haltungen, Einschätzungen und Perspektiven zu reflektieren.“

3. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, auch künftig den Unterricht an außerschulischen Lernorten zu fördern und ausgewählte Orte dafür in geeigneter Weise zu unterstützen. Um angesichts der hohen Zahl und Vielfalt außerschulischer Lernorte eine sinnvolle Abwägung treffen zu können, in welcher Form und in welchem Umfang die Auswahl und Unterstützung außerschulischer Lernorte künftig vorgenommen werden kann, soll die Landesregierung dafür geeignete Grundsätze und Kriterien entwickeln, die auch eine Ausweitung der außerschulischen Angebote nicht ausschließen dürfen. Hierbei ist der im Koalitionsvertrag festgeschriebenen inhaltlichen Verstärkung und Weiterentwicklung der gedenkstättenpädagogischen Arbeit Rechnung zu tragen und die Umsetzung der Handlungsempfehlung¹ Nr. 3 aus dem Themenbereich IV der Enquetekommission 5/1 voranzutreiben. Dabei sollen Kriterien wie z.B. regionale, gesellschaftliche, politische, ökologische, historische, kulturelle Bedeutung des Ortes, der thematische Bezug zu den Rahmenlehrplänen oder ein hohes gesellschaftliches Interesse an einer gelingenden und nachhaltigen Auseinandersetzung mit den Themenfeldern, die diese Orte repräsentieren, im Vordergrund stehen. Zu den Aufgaben der eingesetzten Lehrkräfte sollten u.a. die didaktische Erschließung der Orte, die Erstellung geeigneter pädagogischer Materialien für Schüler*innen, Lehrkräfte und die Einrichtungen sowie die Erarbeitung und Durchführung von Fortbildungsangeboten zählen. Der Einsatz von Lehrkräften als pädagogischer Mitarbeiter*innen der Einrichtung soll dann möglich sein, wenn die pädagogischen Projekte im Rahmen des Rahmenlehrplanes klar erkennbar sind. Ebenso ist anzustreben, dass Schulklassen den außerunterrichtlichen Lernort kostenfrei nutzen können. Der Landtag betont zudem seine Erwartung, dass bestehende Abordnungen von Lehrkräften an außerschulischen Lernorten Bestand haben, solange die pädagogische Qualität erhalten bleibt.
4. Der Landtag betont, dass die Streichung von (Teil-)Abordnungen von Lehrkräften an außerschulische Lernorte zur Absicherung von Unterricht keine gewünschte Maßnahme darstellt. Diese kleine Ressource muss für den außerschulischen Unterricht erhalten bleiben.
5. Die Landesregierung berichtet dem Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport zum Ende des Jahres 2016 über die Umsetzung dieser Beschlussempfehlung.



Gordon Hoffmann
für die CDU-Fraktion



Marie Lulse von Halem
für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

¹ Handlungsempfehlung Nr. 3 des Themenbereichs IV der EK 5/1:

„3. Gedenkstätten bzw. außerschulische Lernorte

Die Enquete-Kommission 5/1 fordert das Bildungsministerium auf, ein schulübergreifendes Angebot für den Besuch außerschulischer Lernorte zu entwickeln. In diesem Zusammenhang sollten die finanziellen und organisatorischen Rahmenbedingungen für Besuche von Gedenkstätten und außerschulischen Lernorten durch SchülerInnen und Schüler verbessert werden. Die Möglichkeit der Abordnung zusätzlicher Gedenkstättenlehrer/innen ist ebenfalls zu prüfen.“



Potsdam, den 27.06.2016

Antrag zum TOP 4
der SPD-Fraktion,
der Fraktion DIE LINKE

für die Sitzung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport
am 30. Juni 2016


Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport zum Antrag der CDU-Fraktion
und der Fraktion BÜNDNIS 90/Die Grünen „Außerschulische Lernorte erhalten!“ (Drucksache
6/2578)

Der Brandenburger Landtag wolle beschließen:

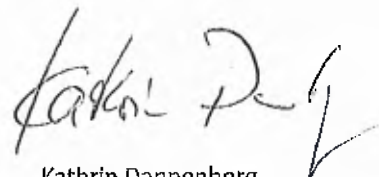
1. Der Landtag Brandenburg bekennt sich zu der bedeutenden Rolle von außerschulischen Lernorten als Bereicherung für den Unterricht. Auch wenn qualitativ guter Unterricht in der Schule aus Sicht des Landtages Vorrang hat, ist dennoch Unterricht an Orten außerhalb der Schule gleichwertig zu betrachten. Die weit über 200 außerschulischen Lernorte im Land bereichern das schulische Angebot und leisten größtenteils eine sehr gute Arbeit.
2. Der Landtag begrüßt, dass die Landesregierung außerschulische Lernorte auf unterschiedliche Weise unterstützt. So werden zahlreiche Lehrkräfte zur Förderung des Unterrichts an außerschulischen Lernorten abgeordnet. Auch findet sich z.B. im neuen Rahmenlehrplan das Thema „außerschulische Lernorte“ wieder: „Durch die Teilnahme an Projekten und Wettbewerben, durch das Lernen an außerschulischen Lernorten wie in Schülerlaboren, Forschungsstätten, Museen, Gedenkstätten, Theatern, Universitäten oder in Unternehmen, durch Auslandsaufenthalte und durch internationale Begegnungen erweitern die Lernenden ihren Erfahrungshorizont. Sie erhalten Gelegenheit, in neuen Zusammenhängen zu denken und zu handeln sowie eigene Haltungen, Einschätzungen und Perspektiven zu reflektieren.“
3. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, auch künftig den Unterricht an außerschulischen Lernorten zu fördern und ausgewählte Orte dafür in geeigneter Weise zu unterstützen. Um angesichts der hohen Zahl und Vielfalt außerschulischer Lernorte eine sinnvolle Abwägung treffen zu können, in welcher Form und in welchem Umfang die Auswahl und Unterstützung außerschulischer Lernorte künftig vorgenommen werden kann, soll die Landesregie-

rung dafür geeignete Grundsätze und Kriterien entwickeln. Dabei sollen Kriterien wie z.B. regionale, gesellschaftliche, politische, ökologische, historische, kulturelle Bedeutung des Ortes, der thematische Bezug zu den Rahmenlehrplänen oder ein hohes gesellschaftliches Interesse an einer gelingenden und nachhaltigen Auseinandersetzung mit den Themenfeldern, die diese Orte repräsentieren, im Vordergrund stehen. Zu den Aufgaben der eingesetzten Lehrkräfte sollten u.a. die didaktische Erschließung der Orte, die Erstellung geeigneter pädagogischer Materialien für Schüler*innen, Lehrkräfte und die Einrichtungen sowie die Erarbeitung und Durchführung von Fortbildungsangeboten zählen. Der Einsatz von Lehrkräften als pädagogischer Mitarbeiter der Einrichtung soll dann möglich sein, wenn die pädagogischen Projekte im Rahmen des Rahmenlehrplanes klar erkennbar sind. Ebenso ist anzustreben, dass Schulklassen den außerunterrichtlichen Lernort kostenfrei nutzen können. Der Landtag betont zudem seine Erwartung, dass bestehende Abordnungen von Lehrkräften an außerschulischen Lernorten Bestand haben, solange die pädagogische Qualität erhalten bleibt.

4. Die Landesregierung berichtet dem Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport zum Ende des Schuljahres 2016/17 über die Umsetzung dieser Beschlussempfehlung und erste Erfahrungen.
5. Der Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/Die Grünen wird abgelehnt.



Thomas Günther
für die SPD-Fraktion



Kathrin Dannenberg
für die Fraktion DIE LINKE